



GdP gibt eine klare Wahlempfehlung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche allen Mitgliedern und interessierten Lesern ein gesundes und erfolgreiches neues 2013. Das Jahr wird sicherlich wieder facetten- und arbeitsreich, auch für die GdP, da wir neben den Tarifverhandlungen auch vier Gewerkschaftskonferenzen vorbereiten und durchführen werden, auf denen die Positionen für die nächsten Jahre beschlossen werden: Die Landesfrauenkonferenz am 21. Februar in Hannover, die Landesjugendkonferenz am 4./5. April in Hann. Münden, die Landesseniorenkonferenz mit 25-jährigem Jubiläum am 13./14. Juni in Jeddigen und den 30. Ordentlichen Landesdelegiertentag vom 19. bis 21. November in Cuxhaven. Darüber hinaus gibt es noch das ein oder andere Ereignis, welches erhöhte Aufmerksamkeit verdient.

Beim Lesen dieser Ausgabe der GdP-Zeitung sind es noch knapp drei Wochen bis zur Landtagswahl in Niedersachsen. Die Parteien haben ihre Programme vorgestellt, ihre Parteitage bombastisch begangen, die Kandidaten/-innen Hausbesuche und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt und die „Nicht-Regierungs-Organisationen“ haben Forderungen an eine neue Landesregierung gestellt.

Auch wir als GdP übermittelten den Parteien die Verbesserungsnotwendigkeiten für die Polizei, damit zukünftig die Attraktivität wieder steigt und sich das Betriebsklima verbessert. Die Einschnitte in den letzten Jahren waren immens, aber auch der Umgang mit den Beschäftigten war oft kritikwürdig. Das muss sich in der nächsten Legislaturperiode dringend ändern.

Dass wir mit unseren Forderungen richtig liegen, hat die Beteiligung an der eindrucksvollen Demonstration der ö.-D.-Gewerkschaften im DGB am 14. Dezember 2012 in Hannover gezeigt. Trotz Dienst, Fußstreifen in der Vorweihnachtszeit und weiteren nachvollziehbaren Gründen, die eine Teilnahme nicht zuließen, folgten dennoch etwa 500 Polizeibeschäftigte dem Aufruf und setzen damit mit hunderten Feuerwehrleuten, Lehrern und Verwaltungsmitarbeitern ein klares Zeichen für „**Mehr Respekt und gute Arbeit**“ im öffentli-



Dietmar Schilff

Foto: GdP

chen Dienst. Da auch Löhne und Gehälter, Renten und Pensionen ein Ausdruck von Respekt sind, ging es bei der Demo ebenfalls um die anstehende Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder, die endlich mal wieder deutliche Einkommenszuwächse verdient haben. Auch sie müssen irgendwie die Kostensteigerungen bei Energie und in anderen Lebensbereichen auffangen, mit Lob und guten Worten ist es nicht getan. Es wird interessant sein, wie die Arbeitgeberseite, die mit neuen Köpfen in die Verhandlungen am 10. Februar 2013 gehen, sich geben wird. Eine Blockadehaltung, wie sie der langjährige Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), der niedersächsische Finanzminister Hartmut Möllring, immer an den Tag gelegt hat, ist jedenfalls nicht zu akzeptieren. Das Wort **Tarifverhandlung** sagt es ja eigentlich schon aus, es geht um Beratung und konstruktive Auseinandersetzung **auf gleicher Augenhöhe** und eben nicht um das Verordnen einer harten Arbeitgeberposition. Wir werden sehr genau beobachten, wie die Verhandlungen anlaufen und gehen davon aus, dass die Beschäftigten auch bereit sein werden, für ihre berechtigten Ansprüche gege-

benenfalls wieder auf die Straße zu gehen. **Die Forderungen der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sind jedenfalls seit dem 11. Dezember 2012 klar: 6,5 Prozent mehr Gehalt für eine Laufzeit von zwölf Monaten.**

Ein Bericht über die Demonstration sowie die Hauptanliegen der Beschäftigten mit den Antworten der Parteien sind in dieser Ausgabe ebenso nachzulesen wie eine Zusammenfassung der Aussagen der Parteien zum Bereich Innere Sicherheit in den jeweiligen Parteiprogrammen. Darüber hinaus stellen wir die Polizisten vor, die für den Landtag kandidieren und Mitglied der GdP sind. Wir wünschen ihnen allen gutes Gelingen, damit sie in den nächsten Jahren die Interessen der Polizeibeschäftigten im Niedersächsischen Landtag vertreten können. Vielleicht gibt es ja dann auch eine interfraktionelle Gruppe „Polizei“, die gemeinsam für mehr Wertschätzung der Polizeibeschäftigten streitet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die GdP mit ihren 14500 Mitgliedern ist das Sprachrohr der Polizei und wird auch wegen ihrer klaren Positionen geschätzt und respektiert. Das bestätigen die Ergebnisse der letzten Personalratswahlen am 6./7. März 2012, wo die GdP erhebliche Stimmenzuwächse hatte, in fast allen Dienststellen zulegen konnte sowie im PHPR einen Platz hinzugewann. Das bekräftigt uns in unserer Gewerkschaftspolitik und so werden wir auch weiterhin verfahren, auf die Unzulänglichkeiten in der Polizei hinweisen und auf Verbesserungen dringen.

Die GdP hofft, dass sich nach der Landtagswahl am 20. Januar 2013 bei der Polizei der Umgang und das Betriebsklima verbessern und dass die Menschen in der Polizei und insgesamt im ö. D. wieder mehr wertgeschätzt werden.

Und deshalb sprechen wir auch eine klare Wahlempfehlung aus:

Wählen gehen!

Dietmar Schilff
GdP-Landesvorsitzender



Glückwunsch!

Die Gewerkschaft der Polizei gratuliert allen Kolleginnen und Kollegen, die mit Wirkung zum 1. Dezember 2012 befördert wurden und freut sich mit ihnen!

Bei aller Freude über die Stellenhebungen und daraus resultierenden Beför-

derungen bleibt aber ein schaler Beigeschmack sowie Kritik an der Landesregierung für die durch sie verordneten Sparmaßnahmen:

- Showbeförderung von Innenminister Schönemann mit einigen Auserwählten in Hildesheim!
- Katastrophale Wartezeiten von A 9 nach A 10!
- Begrenzender A-11-Erlass!
- Nur noch zwei Beförderungstermine pro Jahr jeweils am 1. Juni und 1. Dezember!

Die GdP bleibt dabei: Gerechte Bewertung der anspruchsvollen Arbeit im Bereich der Inneren Sicherheit sieht anders aus, deshalb:

- Sofortiges Stellenhebungsprogramm nach A 10!
- Abschaffung des A-11-Erlasses!
- Erhöhung der Dienstposten nach A 12 und A 13!
- Beförderungen wie früher im ganzen Jahr!
- Perspektiven für unsere Kollegen/-innen in Tarif und Verwaltung! **Red.**

Redaktionsschluss:

Zuschriften bitte an die u. g. Anschrift der Redaktion – möglichst per E-Mail oder Datenträger – für die Ausgabe **2/2013 bis zum 2. Januar 2013** und für die Ausgabe **3/2013 bis zum 25. Januar 2013**.

Hinweise:

Das LandesJournal versteht sich nicht nur als Informationsquelle, sondern auch als Kommunikationsforum für die niedersächsischen Kolleginnen und Kollegen. Zuschriften sind daher ausdrücklich erwünscht. Die Redaktion behält sich jedoch vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotos übernehmen wir keine Gewähr für Veröffentlichung oder Rücksendung. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. *Die Redaktion*

OLG KARLSRUHE ENTSCHIEDET

Verwendung eines Transparents mit der Aufschrift „A.C.A.B.“ bei einem Fußballspiel kann grundsätzlich als Beleidigung bestraft werden

Dies hat der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Karlsruhe (Az: 1 [8] Ss 64/12 – AK 40/12) entschieden und damit ein Berufungsurteil des Landgerichts Karlsruhe vom 8. 12. 2011 aufgehoben, das den erstinstanzlichen Freispruch vom Vorwurf der Beleidigung (§ 185 StGB) wegen Hochhaltens eines großflächigen Banners mit der Aufschrift „A.C.A.B.“ bei einem Fußballspiel bestätigt hatte.

Bei der Bewertung der Buchstabenkombination „A.C.A.B.“, die nach allgemeinem Erfahrungswissen die Abkürzung für die englischsprachige Parole „all cops are bastards“ sei, sei dieser Bezeichnung der beleidigende Charakter im Sinne des § 185 StGB beizumessen. Dieses Werturteil bezieht sich auf die bei dem Spiel eingesetzten Polizeibeamten/-innen und damit auf einen umgrenzten, grundsätzlich beleidigungsfähigen Personenkreis.

Zudem könne bei der Abgrenzung, ob es sich bei der Äußerung „A.C.A.B.“ um eine nicht strafbare Kritik handle, Folgendes berücksichtigt werden: Die pauschal verunglimpfende Bezeichnung von Polizeibeamten/-innen als „Bastarde“ steht in keinem auch nur ansatzweise erkennbaren sachlichen Bezug

- zum Beruf des Polizisten als solchem,
- zur polizeilichen Tätigkeit im Allgemeinen oder
- zum Verhalten von Polizeikräften speziell bei Einsätzen im Zusammenhang mit Großveranstaltungen wie Demonstrationen oder Fußballspielen.

Deshalb ist eine andere Bewertung vorzunehmen, als etwa bei der pauschalen Bezeichnung von bei einer Demonstration eingesetzten Polizeikräften als „Schlägertruppe“ oder von bei einer Verkehrskontrolle eingesetzten Polizeibeamten als „Wegelagerer“.

Die GdP Niedersachsen hatte in der Vergangenheit mehrfach beklagt, dass die Fußballvereine mit dem Hinweis, dass die Verwendung der Buchstabenkombination nicht strafbar sei, auf ein Verbot in ihren Stadien verzichtet haben. Daher wird die Entscheidung des OLG Karlsruhe eindeutig begrüßt und führt hoffentlich auch zu einem Umdenken der Vereine.

Die GdP hat die niedersächsischen Profivereine angeschrieben, um auf die Notwendigkeit einer Beachtung hinzuweisen.

Ein erstes Gespräch ergab sich bereits am 17. Dezember 2012, bei dem sich Dietmar Schilff mit dem Präsidenten von Hannover 96, Martin Kind, traf.

JH

DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe



Niedersachsen

Geschäftsstelle:

Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0,
Fax 5 30 37-50
Internet: www.gdpniedersachsen.de
E-Mail: gdp-niedersachsen@gdp-online.de

Redaktion:

Hinrich Heidemann
(V.i.S.d.P., verantwortlicher Redakteur
des Landesjournals)
Berckhusenstraße 133 a,
30625 Hannover
Telefon (05 11) 5 30 37-0
Telefax (05 11) 5 30 37-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp-online.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83,
Fax 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0170-6454



TANNENBAUMAKTION 2012

Mehr Respekt!

Trotz Eiseskälte forderten 500 Polizeibeschäftigte „Mehr Geld und Respekt für gute Arbeit!“ auf der Demonstration anlässlich der Tannenbaumaktion am 14. Dezember 2012.

Die Demonstration mit rund 1500 Teilnehmern von GdP, ver.di und GEW unterstrich eindrucksvoll die Forderungen der Gewerkschaften nach der Wiedereinführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld und die Erhöhung des Tarifs um 6,5%.

Von der Feuerwache 1 zog die Versammlung zur Staatskanzlei, wo die Landesvorsitzenden der Gewerkschaften **Dietmar Schilff** (GdP), **Eberhard Brandt** (GEW) und **Detlef Ahting** (ver.di) die Forderungen ihrer Mitglieder lautstark vorbrachten. Die Abschluss-Kundgebung fand vor dem niedersächsi-



Der Demonstrationzug von GdP, GEW und ver.di in der Innenstadt von Hannover. Fotos: CH



Frank Bsirske (links), Hartmut Möllring (hinten) und Dietmar Schilff vor dem Finanzministerium.

schen Finanzministerium statt. Der Bundesvorsitzende von ver.di, **Frank Bsirske**, stimmte die Teilnehmer gewohnt kämpferisch auf die kommende Tarifrunde und die Landtagswahl in Niedersachsen ein. Höhepunkt der Demonstration war, wie in den letzten Jahren, die Überreichung eines nadellosen Tannenbaums an Finanzminister Möllring durch die Kollegen der Feuerwehr. Der scheidende Minister nahm das symbolische Geschenk wie gewohnt süffisant entgegen, obwohl seine „Verdienste“ für das Land noch für erhebliche Diskussionen sorgen werden. Eine gelungene Demonstration, die ein deutliches Signal für die kommende Tarifaufeinandersetzung und die nächste Landesregierung setzt! Gute Leute, gute Leistung, gutes Geld – dafür kämpfen wir weiter! Gewerkschaft der Polizei. **Red.**

BESOLDUNG

Einbehalt der Praxisgebühr für Beamte/-innen zum 1. 1. 2013 abgeschafft

Die Entscheidung des Bundesinnenministeriums, den Wegfall der Praxisgebühr für gesetzlich Krankenversicherte, sondern auch für Beamtinnen und Beamte anzuwenden, wird auch für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten umgesetzt.

Der Wegfall erfolgt zum 1. 1. 2013, da die landesweite Bezüge- und Besoldungsstelle Niedersachsen per Erlass angewiesen wurde, die Regelung zum Einbehalt der Praxisgebühr in der Niedersächsischen Beihilfeverordnung (NBHVO) bereits ab diesem Zeitpunkt nicht mehr anzuwen-

den. Erforderlich ist aber auch eine Änderung der Niedersächsischen Beihilfeverordnung.

Seit Einführung der Praxisgebühr im Jahr 2004 werden Beamtinnen und Beamte zehn Euro pro Quartal für ärztliche Leistungen von der Erstattung ihrer Aufwendungen abgezogen. Dadurch spart der Dienstherr auf Kosten der Beamten bei den Ausgaben in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen. Gleiches gilt für die Eigenbehalte zum Beispiel bei Arzneimitteln und Krankenfahrten.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben sich immer wieder gegen die Praxisgebühr und die Übertragung auf

die Beihilfe ausgesprochen. Da sie jetzt wegfällt, muss folgerichtig auch der Eigenbehalt gestrichen werden. Angesichts der zahlreichen Einschnitte bei den Beihilfeleistungen in den vergangenen Jahren, ist dies endlich einmal eine gute Nachricht.

Die GdP hat in den vergangenen Jahren mehrere Verfahren von Kolleginnen und Kolleginnen gegen diese Einschränkung der Beihilfeleistungen unterstützt, die aber aufgrund der gesetzlichen Regelung nicht erfolgreich waren. Vor diesem Hintergrund ist es gut, dass nun endlich die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden.

JH



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Polizistinnen und Polizisten immer häufiger Opfer von Gewalt – Autor Peter Jamin liest in der ZPD aus seinem Buch „Abgeknallt“

Die GdP Niedersachsen kritisiert die steigende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten. Neben aktuellen Zahlen zum Thema ließ der Landesbezirk auch Autor und Journalist Peter Jamin sprechen, der am 26. November in der ZPD aus seinem Buch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizisten“ vortrug.



Peter Jamin

„In Niedersachsen stieg die Gesamtzahl der Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte von 2654 im Jahre 2010 auf 3061 für 2011, also um 15 Prozent an. Allein beim Fußballspiel Hannover 96 gegen Twente Enschede am 22. November wurden sechs Kollegen durch Steinwürfe und andere Angriffe verletzt“, sagte GdP-Landesvorsitzender Dietmar Schilff anlässlich der Lesung von Peter Jamin in der Zentralen Polizeidirektion in Hannover. „Den größten Teil der Gesamtzahl machten die Widerstandshandlungen aus. Die Zahl der Gewalttaten, bei denen mindestens ein Polizeibeamter Opfer der Straftat war, erhöhte sich sogar noch stärker. Von 644 im Jahre 2010 klettert sie auf 872 für 2011, was einen Anstieg von 35 Prozent ergibt“, konstatierte er.

Nach Erkenntnissen des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (KFN), das im Auftrag von zehn Bundesländern und mit Beteiligung der GdP seit Februar 2010 die Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte untersucht, waren von den Befragten rund 82 Prozent darüber hinaus beschimpft, beleidigt oder verbal bedroht worden. Der

schwindet, die Hemmschwellen sinken und unsere Kolleginnen und Kollegen sind physisch und psychisch im Dauerstress. Wir brauchen endlich mehr Polizei auf den Straßen, deutlich bessere Bezahlung und echte Unterstützung durch die Politik, denn hierbei handelt es sich um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen“, forderte der GdP-Landesvorsitzende vor den Zuhörern und den Medien (Beiträge unter anderem bei Sat1 und im NDR). Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit setze die GdP auch auf prägnante Beispiele, wie sie Peter Jamin in seinem Buch „Abgeknallt – Gewalt gegen Polizeibeamte“ darstellt.

Der Autor las nach Statements des Vorsitzenden der GdP-Bezirksgruppe

zeit ermittelt das KFN in einer neuen Befragung die Gewalterfahrungen von 4000 Polizistinnen und Polizisten des Einsatz- und Streifendienstes. Die GdP Niedersachsen hat bei der Erarbeitung des Fragebogens mitgewirkt und ist Mitglied in der Lenkungsgruppe des KFN.

„Der Respekt vor der Polizei

ZPD, Frank Jürges, des Polizeivizepräsidenten der ZPD, Rolf Bader, und des GdP-Landesvorsitzenden aus seinem Buch. Darin geht es um einen wahren Fall in Passau, bei dem eine Geiselnahme auf der dortigen Polizeidienststelle mit Schusswaffengebrauch gegen einen Polizeibeamten erfolgte und die Dramaturgie des Falles geschildert wird. Darüber hinaus wird der Umgang mit dem Fall durch Politik und Polizeiführung sowie notwendige politische Konsequenzen aus Sicht des Autors dargestellt.

„Wenn die Polizei immer mehr damit beschäftigt ist, sich selbst gegen Angriffe zu wehren, verliert sie an Einsatzstärke und verfügt nicht mehr über genug Kraft, die Menschen vor Kriminalität zu schützen. Nur wenn wir uns heute gemeinsam mit der Polizei um unsere Sicherheit kümmern, können wir morgen noch vor dem Verbrechen sicher sein“, sagte Jamin. Er konstatierte den Polizeiberuf als einen der schwierigsten und gefährlichsten und äußerte, dass die Tätigkeit durch



Dietmar Schilff im Interview mit dem NDR.

Fotos: Christian Hoffmann

die Politik nicht genügend wertgeschätzt und bezahlt wird.

Im Anschluss an die Lesung fand eine Diskussion mit den Zuhörern statt. Zum Schluss der „eindringlichen und nachdenkenswertesten Veranstaltung“, wie Dietmar Schilff abschließend befand, bedankte er sich bei der ZPD sowie bei der GdP-Bezirksgruppe für die Unterstützung.

CH



EINSATZ UND STREIFENDIENST

Begleitung von Schwertransporten und sonst nichts?

Es ist Nacht in der Wesermarsch und die Polizeiarbeit im PK Brake verändert sich grundlegend. Jetzt heißt es – Begleitung von Schwertransporten auf der B 212. Ein Kollege sagte dazu treffend: „Am Tage kann man aus dem All die Chinesische Mauer sehen, nachts die B 212 in der Wesermarsch durch die gelben und blauen Blinklichter der Schwertransporte und der Polizei.“ Die GdP hat sich das in Person des stellvertretenden Landesvorsitzenden Jörg Mildahn vor Ort angesehen, hier der Situationsbericht.

Die Begleitung von Schwertransporten durch die Polizei ist sicherlich nicht ungewöhnlich und war in der Vergangenheit, wenn auch keine angenehme Aufgabe, so doch eine, die nicht weiter erwähnenswert war. Diese Zeiten haben sich seit einigen Jahren stark verändert. Der Schwerlastverkehr insgesamt hat zugenommen, aber noch stärker die Anzahl an Schwertransporten, unter anderem durch den Ausbau der Windenergie. Immer häufiger wird die Polizei zur Begleitung solcher Transporte herangezogen. Die Gesetze und Verordnungen dazu sind eindeutig. Ab bestimmten Abmaßen von Fahrzeugen ist die Polizei verpflichtet, solche Transporte zu begleiten. Die Anzahl dieser Begleitungen hat jedoch ein Ausmaß angenommen, das nicht mehr hingenommen werden kann. Am Beispiel des PK Brake kann diese Situation gut nachvollzogen werden und diese Situation gibt es in vielen anderen Bereichen ebenso.

Waren im Jahr 2011 von den Kolleginnen und Kollegen des PK Brake noch zirka 300 Begleitungen zu erledigen, sind es im Jahr 2012 bereits jetzt mehr als 650 gewesen, Tendenz steigend. Die Transporte müssen auf Abfertigung durch die Polizei warten. Der DSL ist mittlerweile quasi ein Disponent für die reibungslose Abfertigung von Schwertransporten. Um diese immensen Zahlen zu schaffen, werden mittlerweile Transporte zusammengestellt zu Konvois, der nicht selten eine Länge von 800 Metern und mehr hat. Einen solchen Transport auf einer Bundesstraße sicher durch die Nacht zu bringen, ist kein leichtes Unterfangen. Gut gemeinte Unterstützung von Seiten der Be-



Schwerlastkonvoi in der Wesermarsch

Foto: Jörg Mildahn

reitschaftspolizei aus Oldenburg kann nur viel zu selten genutzt werden, im vergangenen halben Jahr 13-mal. Der Kollege Klaus Lücke, LESD beim PK Brake, und Kollege Jan Ruinys erklärten bei der gemeinsamen „Nachtschicht“ die Probleme.

Begleitung sollte nicht mehr von der Polizei erfolgen

Klaus Lücke, der sich dienstlich intensiv um Verbesserungen bemüht, macht deutlich, dass bereits Anfänge von Veränderungen existieren. So gibt es im Bereich der PD Osnabrück bereits eine Pilotstrecke, auf der die Transporte ohne polizeiliche Begleitung fahren. Die Strecke dafür ist sogar mit Verkehrsbeeinflussungsanlagen versehen, die vom Transporteur bedient werden.

Eine solche Strecke ist jetzt auch im Bereich des PK Brake ausgewiesen, aber noch nicht in Betrieb. Es sind aufwendige Baumaßnahmen erfolgt, um die polizeifreie Durchführung der Transporte zu gewährleisten. Dies alles vor allem auf Druck und mit großem Aufwand der Polizei. Gespräche mit den Polizeibehörden, den Straßenverkehrsbehörden und dem Innenministerium sind zahlreich erfolgt. Der Durchbruch hingegen fehlt noch. Die Forderung ist klar: Die Polizei muss von diesen unsäglichen Begleitungen befreit

werden. Das kann nicht Aufgabe der Polizei sein. Die politisch Verantwortlichen müssen den angefangenen Weg jetzt schnell zu Ende gehen.

Die Polizeiarbeit bleibt auf der Strecke!

Jan Ruinys, Mitglied im FA Schupo der GdP, erklärt, dass die Kolleginnen und Kollegen zwar immer noch hoch motiviert sind, sich aber in ihrem Dienst andere Aufgaben wünschen. In dieser Nacht waren die beiden Streifenwagen des PK Brake zehn Stunden mit der Begleitung von Schwertransporten beschäftigt. Es konnten keine Präventionsstreifen, Verkehrskontrollen oder gezielte Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung gemacht werden. Straftaten geschehen jedoch bekanntlich auch in dieser Nacht. Die „Abwesenheit“ nutzten Einbrecher in Berne, um sich mit Zigaretten einzudecken.

Ob es hätte verhindert werden können? Ob ein Täter hätte gefasst werden können? Das alles lässt sich nicht mit Gewissheit sagen. Eines jedoch ist gewiss: Die Chance dazu wäre ohne diese unzähligen Begleitungen von Schwertransporten deutlich höher gewesen und sicherlich in der Folge auch die Zufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen.

Jörg Mildahn



Landtagskandidaten mit GdP-Mitgliedschaft

Zur Landtagswahl bewerben sich auch Kollegen der GdP um ein Mandat. Die Deutsche Polizei hat sie angeschrieben und um einen kurzen Steckbrief sowie um ein kurzes Statement zu den Zielen, die sie für die Kollegen der GdP im Landtag erreichen möchten, gebeten. Berücksichtigt wurden die GdP-Kandidaten der fünf bisher im Landtag vertretenen Fraktionen in der Reihenfolge ihres Wahlergebnisses 2008.



Thomas Adasch

Name: **Thomas Adasch**

Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 46 Celle

Geburtsdatum: 30. März 1965

Beruf: Polizeibeamter a. D. (Angehöriger der Zentralen Polizeidirektion, 26 Dienstjahre)

Mitglied des Niedersächsischen Landtages seit 2008

Statement:

„Ich werde mich als Polizeipolitiker Sprecher der CDU-Landtagsfraktion weiter mit ganzer Kraft für meine Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Hierzu gehört vor allem die Auflösung des Beförderungstaus von A 9 nach A 10. Gleichzeitig werde ich die von Teilen der Opposition geforderte Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte bekämpfen.“



Jan Ahlers

Name: **Jan Ahlers**

Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 40 Nienburg-Nord

Geburtsdatum: 12. März 1955

Beruf: Polizeibeamter a. D., zuvor Polizeibeamter in den Bundesländern Bremen und Niedersachsen. Zuletzt bis zur Wahl in den Landtag 2003 als PHK bei der Polizeiinspektion Nienburg tätig.

Statement:

„Der Staat muss seine Bürgerinnen und Bürger schützen. Sicherheit und Freiheit bedingen einander. Deshalb stehe ich für einen starken Staat, der frühzeitig und entschlossen gegen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorgeht. Vorbeugung von Straftaten ist besser als Strafverfolgung und Strafvollzug. Wenn Menschen jedoch straffällig werden, müssen sie mit größtem Nachdruck verfolgt, gestellt und verurteilt werden. Für mich gilt Opferschutz vor Täterschutz. Weil auch Polizeibeamte Sicherheitsbedürfnisse haben, lehne ich die aktuell von anderen Parteien geforderte generelle Kennzeichnungspflicht ab. In meiner dreißigjährigen Polizeizugehörigkeit habe ich auch als Mitglied der Gewerkschaft der Polizei viele Erfahrungen sammeln können. Deshalb sage ich, dass die Gespräche mit allen Polizeigewerkschaften für die Abgeordneten von hoher Bedeutung sind.“



Rudolf Götz

Name: **Rudolf Götz**

Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 13 Seesen

Geburtsdatum: 22. Februar 1949

Beruf: Polizeibeamter a. D., Landtagsabgeordneter, zuvor PK Bad Gandersheim als PHK beim Kriminal- und Ermittlungsdienst.

Statement:

„Ich bin Mitglied in der GdP und somit des DGB, weil ich Anhänger der Einheitsgewerkschaft bin. Mit meinen Kollegen Thomas Adasch und Jan Ahlers habe ich mich besonders für bessere Beförderungsmöglichkeiten bei der Polizei eingesetzt. Bei der Anrechnung besonderer Dienste für den ein Jahr früheren Pensionseintritt habe ich entscheidend mitgewirkt. Ich weiß, dass nicht alles, was wünschenswert wäre, erreicht werden kann. Ich werde mich weiter beharrlich für die Interessen der Polizei einsetzen. Das gestrichene Weihnachtsgeld war auch für mich ein notwendiger aber schmerzhafter Einschnitt für die Beamten des öffentlichen Dienstes in Niedersachsen.“



Horst Schiesgeries

Name: **Horst Schiesgeries**

Landtagskandidat im Wahlkreis 6 Gifhorn-Süd

Geburtsdatum: 23. Januar 1955

Beruf: Polizeibeamter, KED Jugendsachbearbeiter, PK Meinersen

Statement:

„Seit 38 Jahren bin ich Mitglied in der GdP. Die innere Sicherheit in Niedersachsen ist vom Grundsatz her deshalb gewährleistet, weil meine Kolleginnen und Kollegen einen hohen beruflichen Einsatz dafür erbringen. Innere Sicherheit entsteht aber nicht am Laptop, sondern im alltäglichen Einsatz vor Ort.“

Die Belastung meiner Kolleginnen und Kollegen auf allen Ebenen steigt ständig und so langsam mache ich mir Sorgen über die Motivationslage bei der Polizei. Dazu kommen zahlreiche Einsätze im Bereich des bezahlten Fußballs.

Der A-11-Erlass trägt nicht gerade dazu bei, die Motivationslage zu verbessern. Eine Überarbeitung dieses leidlichen Themas scheint mir wichtig und notwendig.



LANDTAGSWAHL 2013



Klaus-Peter Bachmann

Name: **Klaus-Peter Bachmann**
 Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 2
 Braunschweig-Süd
 Geburtsdatum: 24. Februar 1951
 Beruf: Geschäftsführer der AWO, Mit-
 glied des Niedersächsischen Landtages,
 seit 1998 ausschließlich, Innenpolitischer
 Sprecher der SPD-Landtagsfraktion
Fördermitglied der GdP

Statement:

„Ich werde beharrlich für die Umset-
 zung des Attraktivitätsprogrammes der
 GdP eintreten. Insbesondere werde ich
 dafür sorgen, dass die niedersächsische
 Polizei wieder eine Bürgerpolizei wird, in
 der die eigene Meinung artikuliert werden
 darf und das Prinzip von Befehl und Ge-
 horsam der Vergangenheit angehört.“

Name: **Heiner Bartling**
 Landtagsabgeordneter im Wahlkreis 38
 Hameln/Rinteln
 Geburtsdatum: 4. September 1946
 Beruf: Studienrat a. D., Landesinnenmi-
 nister a. D., Landtagsabgeordneter
Fördermitglied der GdP



Heiner Bartling

Statement:

„Mir geht es insbesondere um die
 Erhöhung der Wertigkeit des Einsatz-
 und Streifendienstes, da ich diese Tätig-
 keit für eine der wichtigsten Aufgaben –
 auch in der Interaktion mit dem Bürger –
 innerhalb der Polizei halte. Weiterhin
 trete ich für die Rückkehr zu einer Bür-
 gerpolizei ein, die ihren Schwerpunkt
 nicht auf die Produktion von Kennzahlen
 legt.“



Karsten Becker

Name: **Karsten Becker**
 Landtagskandidat im Wahlkreis 37
 Schaumburg
 Geburtsdatum: 31. August 1958
 Beruf: Polizeibeamter, 1976 Eintritt in
 die Landespolizei BePo und ESD in
 Hannover, 1987 bis 1990 Aufstiegsausbil-
 dung zum g. D., 1989 bis 1998 Polizeiamt
 für Technik und Beschaffung, seit 1998
 LPPBK

Statement:

„1. Die Kolleginnen und Kollegen
 wollen keine Kennzahlen und Strichlis-
 ten. Ich will dafür Sorge tragen, dass der
 Aspekt der Bürgerpolizei wieder zum
 zentralen Orientierungspunkt unseres
 Handelns wird.
 2. Ein Großteil unserer Mitarbeiterin-
 nen und Mitarbeiter sehen keine Per-
 spektive in ihrem Beruf. Ich möchte, dass
 das DP-Konzept A 11 aufgehoben wird.
 3. Die Beschäftigten in der Polizei ha-
 ben vor dem Hintergrund der Haushalts-
 konsolidierung erhebliche finanzielle Ein-
 bußen hingenommen. Ich will dazu beitra-
 gen, dass die Kolleginnen und Kollegen
 wieder an der positiven wirtschaftlichen
 Entwicklung teilhaben.“



Udo Heitmann

Name: **Udo Heitmann**
 Landtagskandidat im Wahlkreis 52
 Buchholz/Hollenstedt/Jesteburg/Tostedt
 Geburtsdatum: 18. September 1953
 Beruf: seit 1970 im Polizeivollzug der
 Freien und Hansestadt Hamburg,
 1980 bis 1987 Jura-Studium, Universität
 Hamburg (parallel zur Berufsausübung),
 Polizeikommissar im Zentralen Perso-
 nalmanagement – Abteilung Praktikanten
 & Evaluation

Statement:

„Als Kandidat für ein Landtagsmandat
 könnte ich es mir leicht machen und wider
 besseren Wissens vollmundig ‚Freibier für
 alle‘ fordern. Merken die Wähler ja erst,
 wenn’s zu spät ist. Die Bewältigung des
 polizeilichen Auftrages in einem demo-
 kratischen Rechtsstaat erfordert erstklas-
 sig ausgebildete und hochmotivierte Poli-
 zistinnen und Polizisten. Ein wichtiges
 Ziel für Kolleginnen und Kollegen ist die
 Wiederherstellung eines ausgeglichenen
 Verhältnisses zwischen dem Berufsbild
 und der angemessenen Besoldung. Ange-
 sichts der demografischen Entwicklung
 unserer Gesellschaftstruktur, die heute
 schon Engpässe in der Nachbesetzung
 vorhandener Stellen aufzeigt, muss das
 politisch wieder in gerechtere Bahnen ge-
 lenkt werden, damit die Demokratie nicht
 Schaden nimmt. Dabei spielt es zum Bei-
 spiel auch eine große Rolle, wie vereinbar
 Familie und Beruf auch für Führungskräfte
 ist und durch persönliche Entscheidung
 pro Familie nicht länger automa-
 tisch gleichzeitig die Beförderungs-
 bremsse ausgelöst wird.“

*Fortsetzung
 auf Seite 8*



Fortsetzung von Seite 7

Name: **Sascha Laaken**

Landtagskandidat im Wahlkreis 83 Leer
Geburtsdatum: 26. Februar 1972
Beruf: 1989 Einstieg in den Landesdienst der Polizei Hessen. 1994 Wechsel zur PD Hannover. 1999 Wechsel zur PI Friesland und seit 2001 Angehöriger der PI Leer/Emden – Pst Rhauderfehn

Statement:

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass wir im Verlauf der kommenden Jahre das Attraktivitätsprogramm der GdP Niedersachsen zur Umsetzung bringen. Wir



Sascha Laaken

müssen alle Anstrengungen leisten, damit der Beruf des Polizisten eine gesteigerte Attraktivität erfährt. Nur so können wir langfristig Nachwuchs gewinnen. Kurzfristig müssen wir den Kolleginnen und Kollegen die Wertschätzung der Politik und das Vertrauen in die Politik wiedergeben.“



Axel Konrad

Name: **Axel Konrad**

Landtagskandidat als parteiloser Kandidat für die FDP im Wahlkreis 65 Delmenhorst

Geburtsdatum: 15. Mai 1980

Beruf: 2001 bis 2004 Studium bei der Polizei Niedersachsen (FH Oldenburg), 2004 bis 2006 Polizeikommissar beim Polizeikommissariat Zeven, seit April 2006 Polizeikommissar im Einsatz- und Streifendienst PI Delmenhorst, seit 1. Oktober 2012 dort im Bereich der Verfügungseinheit eingesetzt

Statement:

„Was will ich für die Kollegen erreichen ...“

- Verbesserung der Beförderungsmöglichkeiten in den unteren Dienstgraden (Regelbeförderung)
- Entlastung durch mehr Kollegen an den Dienststellen (mehr Personal)
- keine weiteren Kürzungen von Bezügen/keine Dienstzeiterhöhungen/keine Versteuerung der Schichtzulagen (DuZ).“



DIE LINKE.



Rüdiger Wohltmann

Name: **Rüdiger Wohltmann**

Landtagskandidat im Wahlkreis 14 Goslar
Geburtsdatum: 24. April 1959
Beruf: 1975/1976 – Grundlehrgang

Hann. Münden, danach u. a. Prev Seesen, BePo Braunschweig und Oldenburg, PI Salzgitter (KoLeiPol), PHK seit 1996, seit 2000 LESD/PK Salzgitter-Bad

Statement:

„Berufszufriedenheit und Motivation sind die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche polizeiliche Arbeit. Der sich zunehmend verschärfende Beförderungsstau, insbesondere von A 9 nach A10, ist zwingend abzubauen. Das Weihnachtsgeld ist entsprechend der Zahlung bei der Bundespolizei wieder einzuführen. Das von der derzeitigen Landesregierung eingeschränkte Personalvertretungsrecht ist im Sinne der Personalvertretung wieder auszubauen. Der A-11er-Erlass ist schrittweise zurückzunehmen (hier sind bereits Fakten geschaffen worden, die sich leider nur mittelfristig abmildern lassen).“



Frank-Markus Warnecke

Name: **Frank-Markus Warnecke**

Landtagskandidat im Wahlkreis 5 Gifhorn-Nordkreis

Geburtsdatum: 11. April 1958

Beruf: 5. Januar 1976 (Eintritt in den Polizeivollzugsdienst des Landes Niedersachsen), seit April 1998 Sachbearbeiter im 6. Fachkommissariat der PI Wolfsburg-Helmstedt Fachkommissariat

Statement:

„Im Niedersächsischen Landtag möchte ich mich für die Interessen der Polizeibeamtinnen und -beamten sowie -angestellten einsetzen.“

Meine persönlichen Anliegen sind:

- Mitbestimmungsrechte stärken
- Bessere Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten für die Mitarbeiter
- Abschaffung des Dienstpostenkonzeptes A 11
- Neueinstellungen im erforderlichen Maße, um Lücken zu schließen und Handlungsfähigkeit wieder herstellen zu können. Darüber hinaus gibt es Handlungsbedarf in anderen Bereichen der Polizei. Wir brauchen eine zukunftsfähige Polizei. Dafür möchte ich mich im neu gewählten Landtag stark machen.“



Die GdP fragt – die Parteien antworten

Im Oktober 2012 hat die Gewerkschaft der Polizei (GdP) die derzeit im Landtag vertretenden Parteien mit der Bitte angeschrieben, die Forderungen und Erwartungen der Polizei zur Landtagswahl und darüber hinaus, bis zum 20. November 2012 zu beantworten. Dies ist erfolgt und sowohl Auszüge unseres Anschreibens sowie der Anlage als auch der Antworten der Parteien werden in dieser Ausgabe wiedergegeben. Der gesamte Text der Schreiben ist auf unserer Homepage www.gdp.de/Niedersachsen nachzulesen. Berücksichtigt wurden die fünf bisher im Landtag vertretenen Fraktionen in der Reihenfolge ihres Wahlergebnisses 2008.



Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten

[...] seit der Regierungsübernahme im Jahr 2003 (wurden) rund 1000 Polizeibeamte und 200 Beschäftigte im Bereich der Polizei zusätzlich eingestellt. Mit der Polizeiakademie in Nienburg haben wir die Grundlage für eine qualitativ hochwertige Polizeiausbildung in Niedersachsen geschaffen, [...]

Um dem demografischen Wandel Rechnung zu tragen, setzen wir uns dafür ein, sowohl die Zahl der Frauen als auch der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Bewerbern nachhaltig zu erhöhen. Einen wichtigen Beitrag zur Nachwuchsgewinnung und Attraktivitätssteigerung leisten eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine bessere technische Ausstattung der Polizei. Die von Ihnen genannte Zahl von 700 Polizeianwärtern jährlich ist unter den aktuellen finanziellen wie strukturellen Rahmenbedingungen kaum zu realisieren. Wir

werden uns jedoch bemühen, den Wünschen der Polizei hinsichtlich einer zukunftsfähigen personellen Ausstattung angemessene Rechnung zu tragen und eine moderate Anpassung der Anwärterstellen wohlwollend zu prüfen.

1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 auf A 10! Abschaffung des begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“

Durch die konsequente Umsetzung des Stellenhebungsprogramms konnten in Niedersachsen bisher 3400 Stellen gehoben werden – das sind mehr Stellenhebungen als in den 13 Regierungsjahren der SPD insgesamt durchgeführt wurden. Um den wichtigen Beitrag der Landesbeamten zur Haushaltskonsolidierung zu würdigen, sind im Doppelhaushalt 2012/2013 insgesamt über 1800 Stellenhebungen im mittleren und gehobenen Dienst vorgesehen. Davon entfallen allein 819 auf die Polizei. Bereits 2011 wurden zur Begleitung des Dienstpostenkonzeptes A 11 insgesamt 360 Stellen gehoben. Darüber hinaus haben wir im Bereich der Besoldungsgruppen A 12 und A 13 für alle vorhandenen Dienstposten Planstellen geschaffen. [...]

Die Kritik der Gewerkschaft der Polizei am Dienstpostenkonzept A 11 halten wir dabei für unzutreffend und durch die Stellenhebungen in den vergangenen Jahren für hinreichend widerlegt.

lenhebungen in den vergangenen Jahren für hinreichend widerlegt.

Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten

[...] Im vorliegenden Fall geht es aus Sicht der CDU in Niedersachsen jedoch nicht um eine rein politische, sondern auch eine juristische Frage. [...]

Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei

[...] Im Hinblick auf die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen und unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen ist derzeit eine vollständige Wiedereinführung der Sonderzuwendungen leider nicht absehbar.

Endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung

[...] eine weitere Bündelung von Fachkompetenz geboten. [...] Qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeiten müssen sich auszahlen, Leistung muss sich lohnen, und Motivation ist auch eine Frage zeitnaher Beförderung. [...] Das Instrument einer analytischen Stellenbewertung werden wir ohne Vorfestlegungen eingehend prüfen.



Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten

[...] durch frühzeitige und vermehrte Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern (werden wir) weitsichtig Vorsorge treffen.

1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 auf A 10! Abschaffung des begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“

[...] Hebungsprogramme weiterentwickeln. [...] den A-11-Erlass abschaf-

fen, [...] Über die genaue Umsetzung werden wir auch in den Dialog mit der GdP treten. [...] in einem ersten Schritt zunächst 500 Stellenhebungen (zu) realisieren.

Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten

[...] Eine SPD-Landesregierung wird sich an Recht und Gesetz halten und den Bereitschaftsdienst im sogenannten „geschlossenen Einsatz“ zu 100 Prozent als Arbeitszeit anrechnen.

Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei

Die Leistung von Sonderzuwendungen wird im Wesentlichen von der fi-

nanziellen Lage des Landes in den kommenden Jahren abhängen. [...]

Endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung

[...] Dabei werden wir uns an den „Attraktivitätsprogrammen“ orientieren, die von den Vertretern der Beamtinnen und Beamten sowie Beschäftigten (u. a. von der GdP) entwickelt wurden. [...] Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Polizeiverwaltung von – wenn nötig neu eingestellten – Verwaltungsfachleuten durchgeführt wird.





Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten

Wir wollen die derzeitige Anzahl der niedersächsischen Polizistinnen und Polizisten in den kommenden Jahren auf jeden Fall halten. [...]

1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 auf A 10! Abschaffung des begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“

Von 2003 bis 2011 erfolgten bereits rund 4800 Beförderungen nach A 10, davon rund 1800 aufgrund von Stellenhebungen. In 2012 erfolgen insgesamt ca. 640 Beförderungen von A 9 nach A 10, davon allein 273 aufgrund beschlossener Stellenhebungen. Auch die Beamtinnen und Beamten in A 9 haben damit von den

Stellenhebungen der letzten Jahre erheblich profitiert. Aus unserer Sicht müssen aber bei entsprechenden Spielräumen im Haushalt zusätzliche A-11-Stellen geschaffen werden, die entsprechend nach A 10 durchgeschlüsselt werden, damit sich mehr Beförderungsmöglichkeiten von A 9 nach A 10 ergeben und sich die Wartezeiten infolgedessen verkürzen.

[...] Wir wollen das Dienstpostenkonzept A 11 beibehalten. [...] Das mit dem Dienstpostenkonzept eingeführte System garantiert Transparenz bei der Bewertung und Verteilung der nach A 11 bewerteten Dienstposten. [...]

Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten

[...] Sofern die Entscheidung eine Anrechnung von 100 Prozent vorgibt, werden wir uns selbstverständlich für eine – auch rückwirkende – Anrechnung einsetzen.

Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei

[...] Die FDP tritt im Falle einer soliden Haushaltslage und gesunkener Verschuldung nach dem Greifen der Schuldenbremse für die Wiedereinführung von Sonderzahlungen ein. [...]

Endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung

[...] im Bereich der Verwaltungsbeamten in den Jahren 2011 und 2012 (sind) insgesamt 53 Beförderungen und bei den Tarifbeschäftigten im gleichen Zeitraum 158 Höhergruppierungen erfolgt. [...] Die Aufstiegs- und Beförderungsmöglichkeiten wollen wir in diesem Sinne weiter verbessern.

[...] seit 2009 (wurden) 483 Beschäftigte höhergruppiert. Wir werden für mehr Verwaltungspersonal eintreten, sobald die von uns vorangetriebene Entschuldigungs politik Wirkung gezeigt hat [...]



Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten

[...] Im Bereich von 600 bis 700 Anwärterinnen/Anwärtern sollten und müssen sich die Einstellungen auch in den kommenden Jahren ergeben.

1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 auf A 10! Abschaffung des begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“

Dass Stellenhebungen bei der Polizei im Bereich A 9 bis A 10 notwendig sind, steht außer Frage. [...] Versprechen können wir aber, dass wir im Rahmen der Finanzierbarkeit vertretbare und sozial ausgewogene finanzielle Verbesserungen schaffen werden. [...] Das bestehende Dienstpostenkonzept A 11 muss abgeschafft werden.

Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten

Bereitschaftszeit, die ein Beamter nicht zu Hause, sondern z. B. am Einsatzort verrichten muss, um jederzeit dem Dienstherrn zur Verfügung zu stehen, muss als Freizeitausgleich gewährt werden. [...]

Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei

[...] für alle niedersächsischen Beamtinnen und Beamte bis einschließlich der Besoldungsgruppe A 8 in voller Höhe wieder eingeführt. [...]

Endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung

[...] Ein seriöses Versprechen zur Stellenschaffung im Personalbereich können die Grünen ohne ausreichende Kenntnis der Finanzen im Personalhaushalt zur Zeit nicht abgeben.



Einstellung von jährlich 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf und Verbesserung entsprechender Lehrmöglichkeiten

[...] unterstützt DIE LINKE die Forderung nach einer jährlichen Einstellung von 700 Anwärterinnen/Anwärtern für den Polizeiberuf.

1500 zusätzliche Stellenhebungen von A 9 auf A 10! Abschaffung des

begrenzenden „Dienstpostenkonzeptes A 11“

DIE LINKE fordert ein Stellenhebungsprogramm bei der Polizei. 1500 Stellen müssen umgehend von A 9 nach A 10 gehoben werden. [...] DIE LINKE lehnt dieses Konzept (A-11er) grundsätzlich ab [...]

Anrechnung von 100 Prozent der Bereitschaftszeiten

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach 100-prozentiger Anrechnung [...]

Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes, mindestens wie bei der Bundespolizei

[...] die Entgeltkürzungen beim Weihnacht- und Urlaubsgeld bei den Landesbediensteten (müssen) zurückgenommen werden.

Endlich ausreichende Perspektiven für Tarif und Verwaltung: bessere Bezahlung, Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten durch eine analytische Stellenbewertung

DIE LINKE spricht sich grundsätzlich für ein Programm zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes aus. [...]

Red.



LANDTAGSWAHL 2013

Parteien: Zusammenfassung der Programme zur Landtagswahl

Die politischen Parteien haben sich für die Landtagswahl positioniert und ihre Wahlprogramme verabschiedet. Die Redaktion hat die wesentlichen Teile ihrer Zielsetzungen zur Inneren Sicherheit kurz zusammengefasst und führt sie hier auf. Berücksichtigt wurden die fünf bisher im Landtag vertretenen Fraktionen.



[...] Opferschutz vor Täterschutz [...]

Mit einer repräsentativen periodisch wiederkehrenden Dunkelfeldforschung werden wir künftig über das gesamte Spektrum der Kriminalität noch belastbarere Aussagen treffen können. [...]

Qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeiten müssen sich auszahlen, Leistung muss sich lohnen, und Motivation ist auch eine Frage zeitnaher Beförderung. [...]

Gezielte Nachwuchswerbung, attraktive Programme für den Berufseinstieg, gute Karrierechancen und vielfältige Qualifikationsmöglichkeiten [...]. Für die Besoldungsgruppen A 10 und A 11 werden wir durch zusätzliche Stellenhebungen die Attraktivität des Polizeidienstes weiter erhöhen. [...] Zukünftig sollen mehr Frauen

Führungspositionen in der Polizei einnehmen. Die weitere Einstellung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern mit Migrationshintergrund ist im Hinblick auf die stetig steigende Internationalisierung unserer Gesellschaft und die Verbrechensprävention wichtig. [...] Die Arbeit der Polizei wollen wir von unnötiger Bürokratie und von Aufgaben entlasten, [...] Deshalb werden wir beispielsweise die Begleitung von Schwertransporten so weit wie möglich auf private Unternehmen übertragen. [...]

Der Einsatz von Videoüberwachung an besonders frequentierten öffentlichen Plätzen kann zur Prävention und Aufklärung von Straftaten maßgeblich beitragen. [...] Mit der CDU wird es keine Strafflosigkeit von sogenannter Bagatelldelinquenz und keine Freigabe von „weichen Drogen“ geben. [...]

Der Verfassungsschutz ist für unsere wehrhafte Demokratie eine unverzichtbare Säule im Kampf gegen den politi-

schen Extremismus. [...] Deutschland steht nach wie vor im Fokus des gewaltbereiten Islamismus. [...] Auch zusammen mit Vertretern der islamischen Gemeinde und unseren Behörden gilt es, Präventions- sowie Aufklärungsarbeit zu leisten und gegen radikale Gruppierungen vorzugehen. Eine weitere zentrale Herausforderung stellt der Rechtsextremismus dar. [...] Schließlich bleibt auch der Linksextremismus mit seiner zunehmenden Gewaltbereitschaft eine permanente Herausforderung [...]. Als eine Konsequenz aus der Mordserie des NSU sehen wir Optimierungsbedarf im Verfassungsschutzverbund zwischen Bund und Ländern. [...] Wir brauchen zur Auswahl und Führung von V-Leuten ein bundesweit gültiges Qualitätsmanagement. Zudem muss die im Grundgesetz verankerte Zentralstellenfunktion des Bundesamtes für Verfassungsschutz gestärkt werden, ohne dabei originäre Länderkompetenzen einzuschränken. [...]



[...] Als (niedersächsische) Polizei der Bürgerinnen und Bürger vereinigt sie umfassende Ermittlungskompetenz und ausreichende Präsenz

„auf der Straße“. Die große Polizeireform in den 1990er Jahren hat gut funktionierende Strukturen hinterlassen – in der integrierten Aus- und Fortbildung von Schutz- und Kriminalpolizei wie auch in der Arbeit vor Ort. Inzwischen hat die schwarz-gelbe Landesregierung die Integration von Kriminal- und Schutzpolizei bürokratisch verwässert und den Polizeidienst mit Verwaltungsaufgaben überfrachtet. Zunehmend werden Polizeibeamtinnen und -beamte für Schreibtischbürokratie eingesetzt. Ihren inneren Alltag bestimmen unbefriedigende Arbeitsbe-

dingungen und fehlende Aufstiegs- und Zukunftschancen. Mehr als nur symbolisch steht dafür der sogenannte „A-11-Erlass“, der eine Beförderung zur Hauptkommissarin oder zum Hauptkommissar von bestimmten Dienstposten abhängig und damit für viele Beamte unmöglich macht. Dazu gehört die Rücknahme des sogenannten „A-11-Erlasses“. Im Rahmen der finanziellen Gegebenheiten wird schnellstmöglich wieder die Voraussetzung geschaffen, grundsätzlich in jeder Funktion nach A 11 BBesO befördert zu werden. [...]

- Die Selbständigkeit der Polizei vor Ort stärken, [...]
- an den Weg zu einer Bürgerpolizei anknüpfen, wie er in den 1990er-Jahren begonnen worden ist. [...]
- Flächendeckende Videoüberwachung in den Kommunen ebenso ablehnen wie den Einsatz privater Sicherheitsdienste

im öffentlichen Raum. Eine Videoüberwachung ist nur dort vorzunehmen, wo sie konkret der Kriminalitätsbekämpfung dient.

- Vornehmlich Verwaltungsbeamte und Tarifbeschäftigte statt Polizistinnen und Polizisten für reine Verwaltungsaufgaben heranziehen. [...] Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus beginnt in der Grundschule.

Eine SPD-Landesregierung wird:

- die Sicherheitsbehörden so ausstatten und organisieren, dass sie erfolgreich gegen den Rechtsextremismus vorgehen können und sich Fehler wie bei der Verfolgung der Zwickauer Terrorzelle nicht wiederholen.
- Eine mittelbare Parteienfinanzierung der NPD über V-Leute beenden.

[...] zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus unterstützen [...]



LANDTAGSWAHL 2013



[...] Liberale sehen die Aufgabe des Staates darin, ein Umfeld für die freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Einzelnen zu gewährleisten. [...]

Dafür setzen wir uns ein:

- Stärkung und Unterstützung der örtlichen Kriminalpräventionsräte;
- die Einführung von Bürgerstreifen wird abgelehnt; die Polizeigewalt soll nicht auf Dritte übertragen werden;
- verstärkte Aufnahme von Bewerbern mit Migrationshintergrund, insbeson-

dere der zweiten und dritten Generation, in den Polizei- und Justizdienst;

- die FDP Niedersachsen lehnt die Vorratsdatenspeicherung ab; [...]

Konkret fordert die FDP Niedersachsen:

- Fortführung der Y-Ausbildung zur Unterstützung einer effektiveren Kriminalitätsbekämpfung und Förderung der Ausbildung zu Spezialisten innerhalb der Polizeiorganisation; [...]
- eine konsequente Bekämpfung des illegalen Waffenbesitzes, anstatt die Regelungen für Sportschützen und Jäger weiter zu verschärfen;

- eine konsequente Verfolgung der Straftaten der verschiedenen kriminellen Rockergruppen;

- zur Bekämpfung und Verhinderung von Gewaltdelikten bei Großveranstaltungen soll der Veranstalter zu den Kosten herangezogen werden können [...]

Dafür setzen wir uns ein: [...]

- neben der Verhängung einer Jugendstrafe zur Bewährung soll der so genannte Warnschussarrest eingeführt werden. [...]

DIE LINKE.

[...] Der rechtswidrige Gebrauch von Trojanern bei polizeilichen Ermittlungen, ein Versammlungsgesetz, das ein Versammlungsverhinderungsgesetz ist, und eine Verfassungsschutzbehörde, die DIE LINKE und andere kritische Bürgerinnen und Bürger bespitzelt und die bei der Bekämpfung des Rechtsex-

tremismus strukturell versagt, können wir nicht länger hinnehmen. DIE LINKE setzt sich für einen wirksameren Datenschutz und für ein Ende der Geheimdienstpolitik ein. Dazu wollen wir in den kommenden fünf Jahren folgende Maßnahmen ergreifen:

- [...] eine unabhängige Beschwerdestelle eingerichtet werden, [...]
- [...] eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Niedersachsen einführen. [...]

- Der niedersächsische Verfassungsschutz muss aufgelöst werden. [...]

- Wir werden uns für ein Stellenhebungsprogramm bei der Polizei und für die Verdoppelung der Erschwereniszulage für Polizistinnen und Polizisten einsetzen. 1500 Stellen müssen umgehend von A 9 auf A 10 angehoben werden.

- Kriminelle Rockergruppen müssen auch durch Verbote wirksam bekämpft werden.



[...] Wir GRÜNE halten den niedersächsischen Landesverfassungsschutz in Anbe-

tracht seiner dramatischen Verselbstständigung und personellen Kontinuität für nicht reformierbar und fordern deshalb die vollständige Auflösung dieser Behörde. [...] Mit freiwerdenden finanziellen Mitteln soll eine unabhängige, wissenschaftliche Dokumentationsstelle geschaffen werden, die Informationen über demokratiefeindliche und gewaltfördernde Bestrebungen sammelt, bündelt und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht. [...] Wir GRÜNE wollen eine Reform des Polizeigesetzes umsetzen. Dazu gehört die Streichung des unklaren Begriffes „öffentliche Ordnung“. [...] Die Höchstdauer der Freiheitsentziehung muss nach der Erhöhung im Jahr 2003 von vier auf zehn Tage wieder deutlich gesenkt werden. Die Verlängerung der Gewahrsamsdauer – die sogenannte „Lex Gorbelen“ – muss wieder zurückgenommen werden. Anlasslose Kontrollen sind vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich verbürgten Grund- und Freiheits-

rechte kritisch zu hinterfragen. Das Racial Profiling ist komplett einzustellen. [...]

[...] Unkontrollierte Spionage-Software hat auf unseren Computern nichts zu suchen! [...]

Anlasslose Überwachungen von Großveranstaltungen müssen eingestellt, Rasterfahndungen oder Standortermittlungen müssen in Niedersachsen wieder eingeschränkt werden. Den Einsatz von Drohnen lehnen wir ab [...]. Ersatzlose Streichung der gegen „terroristische Vereinigungen“ gerichteten

Paragrafen 129 (a) und 129 (b) des Strafgesetzbuches. Wir kritisieren die zunehmende Nutzung des Paragraphen 129 als Ermittlungsparagraf zur Kriminalisierung linker Politik. [...] Für PolizeibeamtInnen müssen ausreichend Fortbildungsmöglichkeiten, unter anderem im Bereich der interkulturellen Kompetenz, angeboten werden. Wir lassen auch bei der Identifizierbarkeit nicht locker: Zur Polizeiuniform gehört nicht nur freiwillig, sondern verpflichtend eine Kennzeichnung auf gesetzlicher Grundlage. [...]

NACHRUF

Die Gewerkschaft der Polizei – Landesbezirk Niedersachsen – trauert um folgende verstorbenen Kolleginnen und Kollegen:

Brenneke, Friedrich	8. 6. 1929	Krs.-Gr. Behördenstab ZPD
Diedecke, Horst	24. 2. 1939	Krs.-Gr. Wolfsburg
Füllgrabe, Heinz	5. 5. 1937	Bez.-Gr. PD Hannover
Hennings, Karl Otto	22. 1. 1945	Krs.-Gr. Heidekreis
Jähnichen, Kurt	6. 1. 1921	Bez.-Gr. PD Hannover
Nehrig, Werner	14. 12. 1924	Bez.-Gr. PD Hannover
Rusko, Erwin	9. 8. 1929	Krs.-Gr. Bepo Braunschweig
Schmidt, Jan	16. 7. 1955	Krs.-Gr. Osterholz-Scharmbeck

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten

